

Einleitung

Wer war Albert Grzesinski, den heute keiner mehr kennt, während die Erinnerung an seine damaligen politischen Freunde und Weggefährten wie Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und seine preußischen Kabinettskollegen wie Otto Braun und Carl Severing auf Straßen-, Platz- und Gebäudenamen öffentlich erhalten geblieben ist? Selbst enge Berliner Mitarbeiter Grzesinskis wie Ferdinand Friedensburg, Wilhelm Abegg und Robert W. Kempner sind nicht vergessen. In der Stadt Kassel, wo Grzesinski fast zwanzig Jahre lang politisch wirkte, erinnern weder Straße noch Platz an ihn; es ist bezeichnend, dass wir erst im Rahmen von Lokalstudien auf den bedeutenden preußischen Staatsmann aufmerksam wurden. „Grzesinski ist, obgleich ein herausragender demokratischer Politiker der Weimarer Zeit, heute weitgehend vergessen“, schrieb Thomas Albrecht im Jahre 1999¹. Dessen exzellente Studie wurde nur von wenigen Fachhistorikern aufgegriffen.² Auch in der sozialdemokratischen Geschichtsschreibung und historischen Traditionsbildung kommt dieser führende sozialdemokratische Politiker, der mehrere Jahre Staatsminister in Preußen war, nicht vor. Liegt das möglicherweise daran, dass er in seinem unabhängigen Denken und Handeln innerhalb des sozialdemokratischen Spektrums nicht leicht zuzuordnen war? Oder daran, dass ihm jede Form der Selbstdarstellung fremd war? Dabei hatte auch Hagen Schulze bereits vor Jahren Grzesinskis Bedeutung für die preußische Politik herausgehoben und bemerkt, „dass Severing dem neuen Regierungssystem zwar den symbolkräftigen Namen, dieser ihm aber erst den eigentlichen Inhalt gegeben hatte.“³

1 Albrecht, Thomas: Für eine wehrhafte Demokratie. Albrecht Grzesinski und die preußische Politik in der Weimarer Republik (=Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe: Politik und Gesellschaftsgeschichte, Band 51. Herausgegeben von Dieter Dowe und Michael Schneider). Bonn 1999.

2 Rossol, Nadine/ Ziemann, Benjamin (Hg.): Aufbruch und Abgründe. Das Handbuch der Weimarer Republik. Darmstadt 2021. Auch in diesem neuesten Handbuch zur Weimarer Republik wird Grzesinski nur beiläufig erwähnt (S. 328 f. und S. 400), während die maßgeblich von ihm durchgesetzte Polizeireform Karl Severing zugeschrieben wird.

3 Schulze, Hagen: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie. Frankfurt, Berlin, Wien 1977, S. 515.

Zunächst einige Daten zur Person selbst. Thomas Albrecht stellte eingehend die politische Lebensgeschichte Albert Grzesinskis dar, eingebettet in die ausführliche Behandlung seines politischen Denkens und Wirkens. Eberhard Kolb beschrieb den „Lebensweg eines deutschen Sozialdemokraten“ eindrucksvoll.⁴ Grzesinski selbst stellt in seinen Erinnerungen „Im Kampf um die deutsche Republik“ sein Handeln in der Zeit der Weimarer Republik eingehend dar.⁵ Wir werden daher im Folgenden nur die wichtigsten Stationen seines politischen Wirkens nennen, soweit diese für das Verständnis seiner Reden unerlässlich sind.

Er wurde am 28. Juli 1879 in Treptow an der Tollense in Pommern als einziges Kind des Hausmädchens Bertha Ehlert unehelich geboren. Eine Lehre im Metalldrucker- und Gürtlerhandwerk schloss er erfolgreich ab und arbeitete in diesem Beruf an verschiedenen Orten. 1897 trat er dem Deutschen Metallarbeiterverein und drei Jahre später der Sozialdemokratie bei. Er kam über gewerkschaftliche Tätigkeit in Offenbach nach Kassel, wo er 1913 Vorsitzender des Gewerkschaftskartells Kassel und Umgebung wurde. Er war hier die herausragende Persönlichkeit in den ersten Monaten seit dem November 1918. Große Energie, politischer Klarsicht und entschlossene Handlungsfähigkeit sowie langjährige gewerkschaftliche Organisationserfahrung zeichneten ihn aus. Der Kasseler Arbeiter- und Soldatenrat arbeitete unter seinem Vorsitz in den Monaten nach Kriegsende gemeinsam mit der städtischen Verwaltung (unter Oberbürgermeister Erich Koch-Weser, dem späteren Reichsinnenminister) an den dringenden Tagesaufgaben wie der Sicherung der Ernährung und Versorgung der Bevölkerung sowie an der Rückführung der Soldaten, da die Oberste Heeresleitung unter General Paul von Hindenburg die Stadt und den Hauptbahnhof Kassel zum zentralen Ort für die Demobilisierung des Heeres bestimmt hatte. Grzesinski entfaltete – Tag und Nacht arbeitend – eine umfassende Verwaltungsarbeit, um die drängenden vorkriegsProbleme anzugehen. So ließ er den Hauptbahnhof militärisch absperren und niemanden in die Stadt kommen, der nicht in Kassel wohnte oder Angehöriger in der Stadt hatte, um die Stadt nicht versorgungstechnisch und sicherheitspolitisch durch Tausende Soldaten zu überfordern; gleichzeitig richtete er Massenspeisungen im Bahnhof ein. Die Munitionsfabrik löste er auf, die dem Militär unterstehenden Lebensmittelbestände überführte er in städtisches Eigentum, die Militärschlachterei bezog er in die städtischen Versorgungsbetriebe ein. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Kassel wurde von ihm nicht als Instrument einer sozialistischen Revolution, sondern als eine spontan geschaffene Organisation verstanden, die vor allem durch die Herstellung der Demokratie und Republik den arbeitenden Klassen die politische Mitgestaltung zu öffnen hatte. Auf

4 Albert Grzesinski: *Im Kampf um die deutsche Republik. Erinnerungen eines Sozialdemokraten*. Herausgegeben von Eberhard Kolb. München 2001, S. 11–27.

5 Albert Grzesinski (wie Anm. 4), S. 63–307.

Augenhöhe mit dem Bürgertum, so dachte er, sollte eine Zusammenarbeit zwischen Arbeiterbewegung und Bürgertum beginnen.⁶

Grzesinskis umfassende politische Fähigkeiten, seine Sachkompetenz, Initiativ- und Führungsfähigkeit sowie seine Verwaltungserfahrungen verhalfen ihm im preußischen Staat nach 1918 zu herausgehobenen Aufgaben und Ämtern. Bereits 1919 wurde er Unterstaatssekretär im preußischen Kriegsministerium. Mit großem Geschick bewältigte er, der nie Soldat gewesen war, mit Unterstützung durch Reichsfinanzminister Matthias Erzberger, als Reichskommissar die schwierige Abwicklung der Militärverwaltung. Von Mai 1925 bis zum Oktober 1926 war er Polizeipräsident in Berlin. Er war Mitglied der Preußischen Landesversammlung (1919–1921) und des Preußischen Landtags (1921–1933). Dann wurde er für vier Jahre (1926 bis 1930) preußischer Innenminister. Anschließend ernannte ihn die Regierung Braun erneut zum Polizeipräsidenten in Berlin. Als einer der ersten sozialdemokratischen Spitzenbeamten wurde er im Juli 1932 im Rahmen des Staatsstreichs der Reichsregierung unter Franz von Papen gegen die preußische Regierung entlassen. Im März 1933 emigrierte er über Österreich und die Schweiz nach Paris, von dort 1937 nach New York. Gnadenlos hatte die NS-Regierung am 1. April 1933 seine Versorgungsbezüge eingestellt, ihn am 24. Juli 1933 aus dem Staatsdienst entlassen und vier Wochen später – gemeinsam mit 32 anderen Politikern und Schriftstellern – ausgebürgert, weil er „durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt“⁷ habe. In New York nahm er 1943 in verschiedenen Fabriken seinen alten Beruf als Metalldrücker wieder auf. Eine Initiative der Sozialdemokratischen Partei, ihn nach Deutschland zu holen, erfolgte Jahre zu spät. Er starb dort am 31. Dezember 1947.

Die politische Rede spielte in der Zeit der Weimarer Republik (kein Fernsehen, Rundfunk im Aufbau, kein Internet usw.) eine ungleich größere Rolle als heute – nicht zuletzt im Rahmen der politischen Bildung und argumentativen Darlegung der eigenen Politik, auch im jeweils eigenen politischen Lager. Beim Blick auf die politische Laufbahn Grzesinskis nach 1919 fällt auf, dass er sich weder als Polizeipräsident in Berlin noch als preußischer Innenminister auf die Reform und Neuordnung der Polizei – so wichtig ihm diese war, wie wir andernorts gezeigt haben, und so gründlich er diese auch umzusetzen versuchte – beschränkte. Sofern er überhaupt der Nachwelt bekannt wurde, galt er als „Polizeiminister“. Ohne jede Frage kann er praktisch und theoretisch als hochrangiger Experte in allen die Polizei betreffenden Fragen gelten. Die durch Otto Braun, Carl Severing und vor allem nachdrücklich von ihm selbst langfristig an-

6 Krause-Vilmar, Dietfried: Albert Grzesinski und der Kasseler Arbeiter- und Soldatenrat 1918/1919. In: 1918. Zwischen Niederlage und Neubeginn. Katalog zur Ausstellung. Kassel 2019, S. 44–57.

7 Reichssteuerblatt 23 (1933), Nr. 40 vom 1. September. Zitiert nach Grossmann, Kurt R.: Emigration. Geschichte der Hitler-Flüchtlinge 1933–1945. Frankfurt a. M. 1969, S. 328. – Die Ausbürgerung sei „wegen Begünstigung ostjüdischer Einwanderung nach Deutschland“ erfolgt (Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration. Band I, München, New York, London, Paris 1980, S. 252).

gelegte Polizeireform, die zugleich Modernisierung und Demokratisierung als Ziele hatte, war jedoch immer zugleich Teil eines Staat, Politik und Gesellschaft übergreifenden politischen Programms zur Gestaltung der Demokratie. Dies ergab sich auch aus seinem umfassenden Verständnis der Polizei, die Staat und Gesellschaft in besonderer Weise zu schützen habe. Daher gab er der polizeilichen Tätigkeit einen umfassenden, einen universalen Horizont, der das Spektrum der inneren Politik in Deutschland weit ausleuchtete. Wir entdecken nicht zuletzt auch in seinen Reden umfangreiche weitere Arbeitsfelder, in denen er sich in energischer Weise nachhaltig und anhaltend engagierte. Die im Jahr 1919 beschlossene Verfassung enthielt für verantwortliche Politiker wie ihn große Herausforderungen, denen er sich immer wieder neu stellte. Der Titel seiner Erinnerungen „Im Kampf um die Republik“ übertreibt in keiner Weise seine Aktivitäten.

Überwiegend aus seinem Nachlass veröffentlichen wir politische Reden von ihm, die er in der Zeit der Weimarer Republik gehalten hat. In ihnen wird sein Staat und Gesellschaft umfassendes Konzept der Durchsetzung und Sicherung einer rechtsstaatlich gefestigten Republik sichtbar. Deutlich wird die Perspektive der Begründung, Sicherung und ständigen Erneuerung der Demokratie. Wir möchten im Folgenden dieses Ensemble – denn um ein solches handelte es sich – eines staats- und gesellschaftspolitischen Reformwerkes zur Stärkung der Demokratie in seinen einzelnen Dimensionen skizzieren. An Aktualität hat diese Perspektive unseres Erachtens bis heute nichts eingebüßt.

Bei aller Verständigung zwischen Braun, Severing und Grzesinski im Grundsätzlichen, die in den Jahren der Republik in jeweils unterschiedlicher Intensität und Kontinuität die Sicherung der Demokratie verfolgten, war bei Grzesinski ganz deutlich das Motiv der Politik für die arbeitenden Klassen erkennbar. Für den aus der aktiven freigewerkschaftlichen Bewegung kommenden Grzesinski war die Herstellung der demokratischen Republik in Deutschland ab 1918 die entscheidende und vordringliche Aufgabe, der alle anderen Aufgaben unterzuordnen waren. Keinen Moment vergaß Grzesinski, woher er als Gewerkschafter und Metallarbeiter kam und für wen er stritt. Allein der republikanische Rechts- und Verfassungsstaat garantierte in seinen Augen die politische Gleichheit aller Staatsbürger. Und dies bedeutete für Grzesinski, der zeit seines Lebens der Arbeiterbewegung verbunden blieb, historisch erstmals in Deutschland die Mitwirkung der bislang von den Entscheidungen in Staat und Regierung ausgeschlossenen sozialen Klassen. Arbeiterpolitik, Politik von Arbeitern und für Arbeiter, war nun möglich. Das Besondere bei Grzesinski – auch weitgehend im Unterschied zu Severing und zu dem ebenfalls aus proletarischem Milieu kommenden Otto Braun – war die in dieser Grundfrage nicht nachlassende kämpferische unabhängige Haltung sowie der sprachliche Klartext, für den er bekannt war. Er war kein „Vertreter einer bestimmten Politik, er lebte und kämpfte für sie.“

Die Bedeutung der Novemberevolution für die arbeitenden Klassen ist ein häufig wiederkehrender Topos in den meisten seiner Reden noch bis in das Jahr 1932 (37)⁸. Viele seiner öffentlichen Reden als Sozialdemokrat enthalten diesen „historischen“ Rückgriff auf 1918, manche einen regelrechten Exkurs in die Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer Erfolge. (13, 36, 37). Immer wieder erinnerte er – ähnlich einem Feldherrn vor der nächsten Schlacht, der den versammelten Soldaten ihre großen Erfolge früherer Kämpfe zuruft – anschaulich an den Sieg der Novemberrevolution und das Ende jener vergangenen sozialen und politischen Verhältnisse im monarchischen Staat, in dem die Arbeiterschaft im Unterschied zum Adel und Bürgertum politisch keine Rolle spielte. Vergesst nicht – so der Tenor – was wir mit der Schaffung der demokratischen Republik erreicht haben. Die Arbeiterschaft „vergisst nicht das monarchistische System der Vorkriegszeit; sie vergisst nicht die zwölf Jahre Sozialistengesetz und die Polizeischikanen gegen die Arbeiterbewegung und ihre Führer.“ In seiner ersten parlamentarischen Rede (1) wies er den von der politischen Rechten gegenüber der Sozialdemokratie erhobenen Schuldvorwurf an der Katastrophe des Krieges mit dem Hinweis auf die Tatsache zurück, dass die arbeitenden Klassen in der Vergangenheit systematisch von Regierung und Verwaltung ferngehalten wurde. „Ihnen allein fällt somit die Verantwortung für die Katastrophe zu. Sie sind schuld an allem, was vorangegangen ist“, rief er dem deutsch-nationalen Gegner zu.

Die Weimarer Verfassung zu achten und zu erhalten, zieht sich wie ein roter Faden durch viele seiner Reden. Er legte konkret dar, was im Einzelnen zu tun war. Zuallererst war die politische Gleichheit durch die Aufhebung der im Osten zum Teil noch bestehenden Gutsherrschaft herzustellen, um jedem Bürger das kommunale Wahlrecht zu ermöglichen. Dies konnte er übrigens erfolgreich durchsetzen. Wiederholt rief er in seinen Reden (4, 6, 9, 11, 22), besonders gegenüber den Beamten und Angestellten der Polizei, die im August 1919 in Weimar von gewählten Volksvertretern beschlossene Verfassung in Erinnerung; dabei verdeutlichte er besonders den demokratischen Weg der Willensbildung, auf dem die Verfassung zustande kam:

Die Weimarer Verfassung ist im Gegensatz zu früheren und anderen Verfassungen nicht das Werk Einzelner, wie von ihren Gegnern oft fälschlich behauptet wird. Sie wurde in absolut freier Entschließung nach monatelangen eingehenden Beratungen von der Nationalversammlung in der Schlussabstimmung mit 262 gegen 75 Stimmen angenommen. (4)

Wiederholt setzte er sich für eine unbedingte Geltung der in der Verfassung niedergelegten Grundrechte für jedermann ein. Den Schutz selbst gegnerischer politischer Meinungen achtete er im Falle eines von der Aufhebung der Immunität bedrohten kommunistischen Abgeordneten des Landtags bis hin zu diesem drohenden gericht-

⁸ Die kursiv in Klammern gesetzten Zahlen verweisen auf die Nummerierung der im Folgenden wiedergegebenen Reden, in denen das entsprechende Thema enthalten ist.

lichen Verfahren, da eine richterliche Befassung die Meinungsfreiheit einzuschränken bedrohte. (2, 6). Die Verfassung sah er als einen Vertrag an, einer Urkunde gleich, „die kraft der Mehrheit auch für die Minderheit unter allen Umständen bindend ist.“ Dieses Verständnis der absoluten Bindung einer unterlegenen Minderheit an die Beschlüsse der Mehrheit ergibt sich aus seinem Verständnis von Allgemeininteresse und Einzelinteresse. Diesem Verständnis folgend setzte er zum Beispiel auch den Impfwang gegen Masern in Preußen durch.

Der in den Kommunen gelebten Demokratie als Fundament des Rechtsstaates galt ein wiederkehrender Apell in seinen Reden. Die Eingemeindungen dürfen nicht die kommunale Bürokratie verstärken und dadurch die wirkliche Selbstverwaltung untergraben (15). Bürgernähe und Bürgerbeteiligung müssten bei der großstädtischen Verwaltung erhalten bleiben; deshalb sprach er sich für eine „Dekonzentrierung der Verwaltung“ (19) aus. Deutlich stellte er in historischen Exkursen den Fortschritt der neuen demokratischen Verwaltung gegenüber derjenigen des vergangenen Obrigkeitsstaates gegenüber. (16, 17) Die Verwaltung hatte den Bürgern zu dienen:

In der Verfassung von Weimar heißt es: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Das bedeutet im parlamentarisch-demokratisch regierten Staat, dass der gesamte Verwaltungsapparat sich als im Dienste des Volkswillens stehend betrachten muss, dass er auch dem Sinne nach allein sich als Vollstrecker des in Gesetzen niedergelegten Willens der Volksvertretung betrachten muss. Die Bürokratie ist und darf nur sein ein Mittel zum Zweck und nicht, wie früher einmal, Selbstzweck, als willenloses Organ in der Hand einzelner Machthaber. (16)

Eine große Rede hielt er zur „neuen rechtlichen Stellung der Frauen“ (27), deren Erziehungs- und Bildungsaufgabe für ihre Kinder politische und gesellschaftliche Wirklichkeiten einschließen müsse:

Darum eben verlangen wir (als Sozialisten) die Teilnahme der Frau am politischen Leben, die Teilnahme der Frau am kulturellen Leben, verlangen wir den Kampf gegen die erniedrigende häusliche Not, gegen Wohnungselend und Hunger. (27)

Grzesinski sah nicht nur die politische Bedeutung der staatlichen Verwaltung klar. Er betrieb folgerichtig die personelle Besetzung der Ämter mit Persönlichkeiten, die die demokratische Republik aktiv zu vertreten versprochen. Dass die Verwaltungsbeamten nicht Repräsentanten obrigkeitsstaatlicher Macht, sondern „Vertrauensleute“ der Bevölkerung sein sollten, entsprach seit je seinem demokratischen Selbstverständnis. Dazu gehörte für ihn auch eine verstärkte Berufung von Frauen in die Exekutive. Seine Personalpolitik speiste sich aus seiner Verwaltungserfahrung und persönlichen Erfahrungen mit höheren Beamten während der Kriegsjahre in Kassel. Als Abgeordneter des Preußischen Landtags forderte er „republikanisch demokratisch denkende und fühlende Personen“ in „Leitung, Verwaltung und Exekutive“, womit ein klarer Trennungsstrich zu den Gegnern und Feinden republikanischer Demokratie gezogen wur-

de. Grzesinski setzte von Anfang an im Innenministerium und in der gesamten Polizei in Preußen eine konsequent demokratische Personalpolitik um. Auch bei den politischen Beamten in der preußischen Inneren und Allgemeinen Verwaltung kam die Besetzung mit demokratisch eingestellten Persönlichkeiten voran. Mit Staatssekretär Wilhelm Abegg (DDP), dem Leiter der Polizeibehörde im Ministerium Erich Klausener (Zentrum) und dem ihm wohlgesonnenen Ministerpräsidenten Otto Braun im Rücken repräsentierte sein Ministerium nicht nur parteipolitisch die Weimarer Koalition, sondern war in seiner demokratischen Verbundenheit bestens für die Kämpfe mit den politischen Gegnern aufgestellt. Seine zutiefst republikanische und an der Verfassung orientierte politische Haltung dokumentierte Grzesinski nicht nur bei Republikgegnern, sondern auch, wenn erforderlich, gegenüber Mitgliedern seiner eigenen politischen Partei.

Grzesinski sah die das Wirtschaftsleben kontrollierenden und regelnden Aufgaben des Staates als historisch gewachsen an. Es habe sich „im Laufe der Entwicklung gezeigt, dass das freie Walten der wirtschaftlichen Kräfte eine ganze Reihe wesentlicher gesellschaftlicher Funktionen nicht zu erfüllen im Stande war.“ (28) Die polizeiliche Nahrungsmittelkontrolle zum Beispiel sei gegenwärtig deshalb erforderlich, „weil die so oft in hehren Tönen gepriesene wirtschaftliche Selbstständigkeit des Individuum[s] nur dahin führt, dem schrankenlosen Egoismus des Einzelnen Tür und Tor zu öffnen.“ Demgegenüber sei es Aufgabe des demokratischen Staates heute, „bei einer regelnden Tätigkeit den Schutz des wirtschaftlich Schwachen vor dem wirtschaftlich Starken zur Geltung zu bringen.“ Die Polizei des Staates habe den Sozialstaat zu sichern. In derselben Rede verdeutlichte Grzesinski einzelne der in diesem Zusammenhang für die Polizei typischen Arbeitsfelder. Er nennt u. a. die Nahrungsmittelpolizei, Gewerbe- polizei, Verkehrspolizei, Baupolizei, Feuerpolizei, Wasserpolizei („Von der Wiege bis zum Grabe steht der Mensch gewissermaßen unter Polizeiaufsicht – im guten Sinne natürlich.“) und verdeutlichte die Aufgabe am Beispiel der Gesundheitspolizei. Am Beispiel der Chemischen Industrie, von denen einige die Abwässer in die Flussläufe leiten, wies er auf das Fischsterben und auf die außerordentliche Bedeutung der Tatsache hin, dass dadurch der weitere Gebrauch des Wassers gefährdet sei.

Die Polizei suchte er als Teil des Staates zu „zivilisieren“; sie wurde als „Freund und Helfer“ der Bürger konzipiert.⁹ Sowohl als Polizeipräsident wie auch als preußischer Innenminister richtete Grzesinski ein Hauptaugenmerk auf die Demokratisierung und Zivilisierung der Polizei (11, 14, 20). Die Aus- und Fortbildung der Polizeibeamtenschaft förderte er in jährlich stattfindenden Polizeiwochen mit z. T. über 400 Teilnehmern. Diese dienten der fachlichen und politischen Bildung sowie Weiterbildung; sie zielten auf die

⁹ Krause-Vilmar, Dietfried: Albert Grzesinski und die Neuordnung der preußischen Polizei nach 1924. In: Vom drohenden Bürgerkrieg zum demokratischen Gewaltmonopol (1918–1924). Herausgegeben von Andreas Braune, Michael Dreyer und Sebastian Elsbach. Stuttgart 2021 (Weimarer Schriften zur Republik, 16), S. 209–226.

Konstituierung und Festigung einer demokratisch überzeugten und modernen Polizei. „Der demokratische Staat habe die Bevölkerung zu steigendem Selbstbewusstsein erzogen, so dass sie nicht mehr sich bevormunden und kommandieren lasse, wie es im alten Staat der Fall gewesen sei.“ In hohem Maße käme es für die Polizei darauf an, das Vertrauen der Bevölkerung zu genießen; nach dem Auftreten des Polizeibeamten werde zum Teil auch der Staat beurteilt; der einzelne Beamte „müsse sich stets bewusst sein, dass er der sichtbare Vertreter des Staates nach außen hin“ sei. Die Polizei müsse die aus dem Militär des Obrigkeitsstaates stammende Disziplin ablegen und sich zivilisieren (20). Ziel müsse es sein, den Waffengebrauch zu vermeiden. Überhaupt soll der Polizeibeamte als ein um Verständnis bemühter Mensch, nicht als anordnender Befehlsgeber in Erscheinung treten. „Denn die Polizei kann und soll mit ihren Befugnissen helfen und fördern; sie kann aber auch immensen Schaden anrichten.“ (28)

Im Streit der politischen Parteien trat er unmissverständlich für Toleranz und Achtung gegnerischer Auffassungen ein, sofern diese nicht als Feinde der Verfassung und der Demokratie auftraten. Grzesinski konstatierte einen verhängnisvollen Zusammenhang zwischen der Hasssprache in der Publizistik bestimmter politischer Parteien, die durch Intoleranz und Verantwortungslosigkeit gekennzeichnet war, und den gewaltsamen Zusammenstößen und körperlichen Verletzungen und Tötungen auf Seiten politischer Gruppen. (10, 23) Er verwies auf die getroffenen Vorkehrungen, die Partei- und Organisationsführer für eine vollkommene und allgemeine Entwaffnung verantwortlich zu machen. Zivilpersonen sollten „möglichst überhaupt keine Waffen führen.“ Entschieden trat er Beleidigungen, Verächtlichmachungen, der Hasssprache, besonders jedoch gewaltsamen Formen der politischen Auseinandersetzung entgegen. Es sei nur ein kleiner Schritt von der Nichtachtung und Verachtung der politisch Andersdenkenden zur Überzeugung, dass auch die gewalttätige Bekämpfung von Menschen anderer Überzeugung politisch gerechtfertigt sei. „Von Gewalttaten dieser Art bis zum Mord ist dann naturgemäß nur ein kleiner Schritt.“ Der Polizei als Hüter der Verfassung komme dabei die Aufgabe zu, sofern einige auf den Gedanken kommen, „ihren Willen etwa mit Gewalt dem andern Teil und der Gesamtheit aufzwingen zu wollen“, dem entgegenzutreten und „jeden Gewaltakt abzuwehren“.

Die Verständigung der Völker untereinander, insbesondere das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland, im Sinne des von ihm geschätzten und geachteten Außenministers Gustav Stresemann blieb ihm ein zentrales Anliegen (8, 36). Das alte Regime habe systematisch zum Krieg geführt. Er verlangte, „den geschichtlichen Tatsachen objektiv gegenüberzutreten“. Hier müsse endgültig reiner Tisch gemacht werden. Dies sei eine Voraussetzung auch für „eine objektive Verständigung mit den anderen Völkern, ein Zusammenarbeiten mit der ganzen Menschheit, aus Gründen der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Verstehens.“ Diese angestrebte Verständigung bezog sich ausdrücklich auch auf die bewusste Verwerfung der traditionellen deutschen Ostmarkenpolitik, zu deren Ziel „die Ausrottung und Unterdrückung von Minderheiten“

gehört habe. In Zukunft müsse es darum gehen, „im friedlichen Wettbewerb mit Angehörigen fremdsprachlicher Minderheiten kulturellen Zielen zuzustreben.“

Grzesinski setzte sich für eine umfassende Volksbildung, besonders in den Grundschulen im Osten des Landes, ein.⁽¹²⁾ Eingehend stellte er die Notwendigkeit eines umfassenden Ausbaus des gesamten Schulwesens, insbesondere des vor 1918 vernachlässigten ländlichen Volksschulwesens dar. Schulen sollten geistige und kulturelle Mittelpunkte der Gemeinden werden, die auch der schulentlassenen Jugend noch „zum Aufenthalt und zu geselligen und belehrenden Zusammenkünften dienen können.“ Der Staat wird weiterhin das gesamte Berufs-, Fach- und Fortbildungswesen ebenso fördern wie die Volkshochschulen, Theater und Initiativen, „die sich der Pflege des Büchereiwesens, der Musik und Kunst zur Aufgabe gemacht haben.“

Drängende Aufgabe war in seinen Augen – wie dargelegt – die praktische Herstellung der Demokratie. Dieser wichtige Schritt musste zuerst gelingen, bevor gesellschaftlich weiter gedacht und gehandelt werden konnte. Dem hier skizzierten Reform- und Gestaltungskonzept der Demokratie konnten sich seiner Auffassung nach die auf dem Boden der Verfassung stehenden Parteien anschließen. Sein Konzept mündete folgerichtig in eine Regierungspolitik der Weimarer Koalition, die in Preußen bis zum Staatsstreich von oben im Juli 1932 Bestand hatte. Die Zusammenarbeit mit verfassungstreuen bürgerlichen Parteien erschien ihm angesichts der gegebenen politischen Mehrheitsverhältnisse unabdingbar. An die Adresse von Auffassungen in seiner eigenen Partei warnte er davor, von der Regierungsmitwirkung deshalb Abstand zu nehmen, „weil etwa nicht alle Blüenträume reifen, und die Verantwortung zu tragen unbequem sein würde.“ Preußen, der territorial und von der Bevölkerung her größte deutsche Staat, in dem von 1919 bis 1932 sozialdemokratisch geführte Regierungen den Kurs bestimmten, galt, und zwar erst recht nach dem NSDAP-Wahlerfolg im September 1930, in Deutschland als ein Bollwerk der Demokratie.

Er wurde nicht müde, immer wieder die Gestaltungsmöglichkeiten zu betonen, die sich mit der demokratischen Republik für die Arbeiterbewegung ergeben hatten (5, 26, 34). Früher sei das Volk „fast nur Objekt der Gesetzgebung und der Verwaltung“ gewesen, heute gehe die Staatsgewalt von ihm aus. Hier liege für jeden einzelnen eine „ungeheure Verantwortung“. Realismus erfordere jedoch schmerzlich festzustellen, „wie verhältnismäßig viele Arbeiter und Angestellte denjenigen Verbänden angehören und nachlaufen, die letzten Endes nichts anderes wollen als die Vorkriegszeit mit aller Hohenzollern- und Junkerherrlichkeit schnell wieder herbeizuführen, d. h. sich das Joch wieder aufzuerlegen, das 1918 abgeschüttelt worden ist.“ Dies erfordere Aufklärungsinitiativen und politische Bildung.

Bereits in den ersten Jahren der Republik sah Grzesinski die Bedrohungen des demokratischen Rechtsstaates, die von republikfeindlichen und antidemokratischen Kräften ausgingen. Die Ermordung des Reichsaußenministers Dr. Walter Rathenau am 24. Juni 1922 führte zu Gegenmaßnahmen der Republik, insbesondere zu Republikenschutzgesetzen. Grzesinski sah zu dieser Zeit – der Faschismus hatte im Sommer

dieses Jahres im Königreich Italien noch nicht seinen „Marsch auf Rom“ angetreten und in Ungarn war mit dem Reichsverweser Horthy nach der Zerschlagung der Räterepublik die Monarchie wieder hergestellt worden – für die demokratische Republik unter anderem auch die Gefahr einer Wiederherstellung der Monarchie. Deutlich wird in dieser Rede im Preußischen Landtag (3) bereits zu diesem Zeitpunkt seine entschlossene Haltung in der Frage der Republik- und Verfassungstreue der Beamten. Hier war Grzesinski zu keinem Kompromiss bereit. Er bedauerte im Grunde, dass ein Gesetz zum Schutz der Republik überhaupt erforderlich sei, da doch ein Beamter, „wenn er Bestrebungen zur Wiederherstellung der Monarchie oder gegen den Bestand der Republik im Amte oder in der Öffentlichkeit fördert oder wenn er die Republik und ihre Einrichtungen oder ihre Führer verleumdet, beschimpft und verächtlich macht, [...] vom Amt entfernt werden muss.“ Schließlich habe die Republik „keinen Beamten genötigt, gegen seine Überzeugung in ihrem Dienste zu bleiben; er konnte gehen; und zwar ehrenvoll gehen.“ (3)

In den ersten Jahren der Republik war Grzesinski sich ganz sicher, die Gefahren für den Bestand der Republik von Seiten des Staates abwehren zu können. Das änderte sich ab 1929 mit der Verrohung der politischen Diskussion bis in die parlamentarischen Verhandlungen hinein und in das zunehmend äußerst gewaltsame Vorgehen insbesondere der sogenannten Kampfverbände der SA und des Rotfrontkämpferbundes, die vor dem Einsatz von Waffen und vor Totschlag nicht zurückschreckten. In den Jahren 1930–1933 tritt eine öffentlich vernehmbare, argumentative Zurückweisung antidemokratischer Propaganda in seinen Reden in den Vordergrund (25, 35). Und auch Verzweiflung wird sichtbar. „Wann endlich wird sich eine geschlossene Front aller Anständigen und Gesitteten bilden, die von Parteimördern und den dahinter stehenden Parteien geschlossen abrückt, und diese verruchte Art des politischen Kampfes infamiert!“ (29) Die Erkenntnis bahnt sich an, zu lange zugewartet zu haben. „Es muss immer wieder gesagt werden, dass die Republik und die republikanischen Parteien, die Sozialdemokratische Partei zuallererst, die Lügen und Verleumdungen der Gegner viel zu lange mit vornehmen Achselzucken übergangen hat, anstatt deutlich und drastisch zu antworten.“ (30) Und klar erkannte er im Dezember 1931 (33) die Methoden der NSDAP, mit Hilfe des gesetz- und rechtswidrigen unmittelbaren Terrors gegen Demokraten und Republikaner den Staat sturmreif zu schießen, um ihn selbst zu übernehmen:

Was heute sich in vielen Teilen Deutschlands auf dem flachen Lande vollzieht, das ist zwar kein Putsch, aber praktisch die Außerkraftsetzung der Reichsverfassung und der bestehende Bürgerkrieg. Außerkraftsetzung der Reichsverfassung durch terroristische Maßnahmen der Nazihorden. [...] Was mit dem Stimmzettel nicht geglückt ist und nicht glücken kann und wird, soll mit dem Knüppel, dem Schlagring, dem Dolch und Revolver und moralischen Bestialitäten aller Art erreicht werden. (33)

Wie dargelegt war Grzesinski davon überzeugt, dass Härte und Strenge des Staates gegen die Feinde der Demokratie unerlässlich ist. Im Rahmen der ihm gegebenen Möglichkeiten hat er dies auch umgesetzt. 1931 und 1932 erkannte er jedoch (31, 32), dass der Zeitpunkt verstrichen war, zu dem man den Gefahren, die der demokratischen Republik in ihrer Existenz drohten, möglicherweise noch hätte wehren können. Die Organe der Republik – so seine bittere Bilanz – hatten nicht den Willen zur Macht und nicht die Mittel erhalten, die Macht auszuüben. Man könne Härte und Strenge nur dann verlangen, „wenn man den Organen der Republik die Möglichkeit dazu gibt.“ Den Republikanern müsse „der Wille zur Macht und zur Ausübung der Macht noch erst beigebracht werden.“ (31) Noch einmal formuliert er seine verfassungstreuen Perspektiven, die gegen den Missbrauch machtvoll ins Feld hätten geführt werden müssen:

Man soll und muss in dem demokratischen Staat jedem politischen, jedem weltanschaulichen Gedanken Ausdruck geben können, aber man muss sich klar sein, dass die Staatsbürger dieses hohe Gut selbst vernichten, wenn sie die Freiheit der Meinung zur Hetze und Lüge und zu gröblichen Beleidigungen ausnutzen. So geht es nicht, und je rascher mit einem solchen Zustand Schluss gemacht wird, umso besser ist es für die Demokratie und Republik. (30)

Tragisch die Worte aus seiner letzten Wahlrede am 26. Februar 1933, eine dem Rundfunk zugedachte Rede, da ihm Redeverbot auferlegt worden war und ein persönliches öffentliches Auftreten für ihn angesichts drohender SA-Stürme nicht mehr verantwortbar war: „Von Sicherheit und innere Stärke der Gewalthaber zeugen solche Maßnahmen bestimmt nicht.“ [...] (38)

Albert Grzesinskis politische Bedeutung reicht über seine historische Wirkung im Preußen der Weimarer Zeit noch hinaus; wir zählen ihn zu den Wegbereitern der Demokratie in Deutschland. In nichts anderem sah er seine Aufgabe und sein Lebenswerk. Dass die Republik von Weimar ihre Ziele in vierzehn Jahren nicht erreichen konnte, lag an anderen und keineswegs an ihm und entwertet seine politischen Ideen und seinen Kampf für die Republik nicht. Die verbreitete Meinung, dass die Weimarer Republik „gescheitert“ sei, verstellt übrigens die historisch belegte Tatsache, dass sie von Demokratiefeinden verschiedener Couleur gewaltsam und mit krimineller Energie zerschlagen wurde. Und sie verstellt vollständig die in diesem Aufbruch nach 1918 erreichten praktischen Fortschritte derjenigen, die sich im „Neuland“ für die Umsetzung demokratischer Politik engagierten. Auf diese Fortschritte gestützt gelang erst der demokratische Wiederaufbau nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur. Grzesinskis Leistung sehen wir darin – auch in seinen Reden wird dies sichtbar –, dass er umfassende Perspektiven für den Transformationsprozess aus dem wilhelminischen Obrigkeitsstaat in einen modernen demokratischen Verfassungsstaat entwarf und praktizierte. Er hat zudem das „Bollwerk Preußen“ gegen antidemokratische, insbesondere gegen nationalsozialistische Angriffe in überzeugender verfassungstreuer Staatsautorität auch mit Hilfe des staatlichen Gewaltmonopols befestigt und vertei-

dig. Seine Perspektiven für die Transformation autoritärer oder totalitärer Staaten in demokratische politische Lebensformen haben unserer Auffassung nach an Gültigkeit nichts eingebüßt und sind bis in unsere Gegenwart aktuell und von großer Bedeutung geblieben. Treffend würdigte der englische Historiker Anthony Glees ihn vor Jahren mit den Worten:

It was not possible to dissolve the people. But Grzesinski did demonstrate a willingness to pursue the enemies of the republic, with all the means at his disposal. This is something that is rarely attributed to Social Democrat politicians of the Weimar era. Some accused him of doing too much, others of doing too little. Yet the evidence suggests, quite simply, that he was aware of the real nature of the anti-republican threat, that he understood how it might be countered, and that his policies in Prussia were an energetic and determined way of fighting it.¹⁰

Dietfrid Krause-Vilmar

im Februar 2022

¹⁰ Glees, Anthony: Albert C. Grzesinski and the Politics in Prussia 1926–1930. In *The English Historical Review* 79 (1974), S. 834.